



Haushaltsrede

**Sehr geehrter Herr Bürgermeister Dr. Lüttmann,
sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung,
sehr geehrte Medienvertreter/innen,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Rates,
sehr geehrte Damen und Herren,**

Im letzten Jahr standen die Haushaltsreden unter dem Eindruck des Krieges in der Ukraine. Leider sind die Auswirkungen weiterhin zu spüren. In der wirtschaftlichen Situation, in der Inflation (die zum Glück langsam rückläufig ist) und leider auch in der Haushaltssituation der Kommunen. Aber im Positiven auch in der Solidarität der Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt. Noch immer gibt es Menschen in unserer Stadt, die Geflüchteten aus der Ukraine eigenen Wohnraum zur Verfügung stellen, Ankommende unterstützen und für humanitäre Hilfe in der Ukraine spenden. Für diese Hilfebereitschaft gilt unser Dank.

Für den Haushalt blicke ich auch dieses Jahr über die aktuelle Haushaltssituation hinaus. Wir befinden uns im ersten „mageren Jahr“, ob es „sieben“ wie in der Bibel werden, bleibt noch offen. In der mittleren Finanzplanung müssen wir jedoch mit mehreren Jahren deutlich negativer Jahresergebnisse rechnen.

Kommunen haben eine zentrale Rolle bei Transformationsprozessen wie Digitalisierung, Klimaschutz, Mobilitätswende und demographischen Veränderungen. **Dabei sind die Kommunen insbesondere in NRW strukturell unterfinanziert.** In NRW sind die durchschnittlichen Hebesätze kommunaler Steuern von allen Flächenländern am höchsten. Das zeigt die deutliche Unterfinanzierung in unserem Bundesland. **NRW-Kommunen haben diese hohen Steuern nicht, weil sie alle schlechter mit Geld umgehen könnten. Sie haben diese vergleichsweise hohen Steuern, weil das Land seiner Aufgabe der auskömmlichen Finanzierung nicht nachkommt.** Das Land muss dringend den Verbundsatz (Anteil der Kommunen an Einkommenssteuer, Körperschaftssteuer, Umsatzsteuer sowie Grunderwerbssteuer von aktuell 23 Prozent mindestens auf 25 Prozent erhöhen. Wo er historisch

auch schon mal war. **Ohne leistungsfähige Kommunen können wir die Aufgaben zur Modernisierung unseres Landes gar nicht bewältigen.**

Wir haben in Rheine noch das Glück, dass wir aktuell nicht dazu gezwungen sind, kommunale Steuern zu erhöhen, um eine Haushaltssicherung zu vermeiden. **Für den Haushalt 2023 hatten wir von der SPD-Fraktion eine Anhebung der Gewerbesteuer beantragt. In wirtschaftlich einfacheren Zeiten. Jetzt müssen wir mit Blick auf die mittelfristige Finanzplanung damit rechnen, dass es 2025 oder 2026 wahrscheinlich eine breite Steuererhöhung geben muss. Und das wahrscheinlich in wirtschaftlich schwereren Zeiten.**

Kommunen sind in ihren Kosten und ihren Einnahmen besonders von der wirtschaftlichen Situation ihrer Bürger*innen und Unternehmen abhängig. Wenn es wirtschaftlich nicht gut läuft, dann erleben wir erhebliche Lücken im Haushalt. Zusätzlich legt uns die Gemeindeordnung im § 76 finanzpolitische Fesseln an. Die nicht komplett verkehrt, aber doch reformbedürftig sind. **NRW-Kommunen brauchen ein Haushaltsrecht, was auch und gerade in schwierigen Zeiten Kommunen die Luft für Zukunftsinvestitionen ermöglicht.** Man muss als Kommune auch antizyklisch investieren können. Sonst können wir die bereits genannten Transformationsprozesse vor Ort nicht gestalten.

Hinzu kommt, dass wir in der föderalen Kette das schwächste Glied sind. So gibt der Kreis seine Kosten an die Kommunen über die Kreisumlage weiter. Jedes Jahr wird eine große Erhöhung des Hebesatzes angedroht, der am Ende aber jedes Jahr (auch durch den Einsatz der Mitglieder des Kreistages) niedriger ausfällt. Aber die **Kreisumlage steigt immer weiter. So war der Hebesatz 2022 bei 27,8 Prozent, 2023 bei 28,7 und für 2024 bei 31,5 Prozent.** Auch der Kreis hat finanzielle Zwänge und auch eine steigende LWL-Umlage, aber **es kann nicht beliebig so weitergehen.** Hinzu kommt, dass der Kreis seine soziale Verantwortung mit dem kreiseigen Unternehmen „Wertarbeit“ beenden möchte. Die „Wertarbeit“ leistet einen wichtigen Beitrag zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt. Das ist gut investiertes Geld. Die Folgekosten, wenn der Kreis diese Aufgaben nicht mehr übernimmt, werden letztendlich auch im Wesentlichen vor Ort getragen werden müssen.

Die Absagen an Steuererhöhungen aus den Fraktionen im Stadtrat waren deutlich. Wir zahlen die höheren Kosten für 2024 mit einem Haushaltsdefizit und der Rücklage sowie beispielsweise auch steigenden Kita-Gebühren. **Für die SPD-Fraktion ist das die falsche Prioritätensetzung. Wir schonen Unternehmensgewinne und belassen die Gewerbesteuer seit vielen Jahren auf dem gleichen Niveau. Wir lasten zukünftigen Generationen ein Haushaltsdefizit auf und wir belasten die Familien bei der Frage von Bildung und Betreuung. Und es sind gerade die Familien, die ohnehin durch Corona und durch die Inflation im besonderen Maß belastet worden sind.** Die 10-prozentige Steigerung, mit der wir uns in negativer Hinsicht von der Gebührenentwicklung des Kreises entkoppeln, ist eine Belastung, die wir nicht mitgehen wollen. Der Kreis und auch Nachbarkommunen zeigen, dass wir nicht der Fortschreibungsrate des Landes von fast 10 Prozent entsprechen müssen. Emsdetten hat sich gegen den Vorschlag einer 10-prozentigen Erhöhung und lediglich für 4 Prozent entschieden. **Um es jetzt schon mal vorweg zu nehmen. Aus Gründen dieser Prioritätensetzung lehnen wir den Haushalt ab.**

Gerade in Bezug auf Kita und OGS erwarten wir auch vom Land eine andere Unterstützung. Da geht es nicht einfach um die Frage der Gebührenfreiheit, die unser Ziel ist. **Es geht um die Existenz der Kita- und OGS-Träger. Diese können Kostensteigerungen durch Inflation und höhere Tarifabschlüsse nicht mehr bezahlen, wenn die Pauschalen des Landes diese nicht abdecken.** Das Kita-Rettungspaket der Landesregierung reicht nicht und ein OGS-Rettungspaket wurde durch die schwarz-grüne Koalition abgelehnt. **Wenn wir die Betreuungsversorgung aufrechterhalten wollen. Wenn wir ab 2026 zusätzlich den Rechtsanspruch auf Ganztage erfüllen wollen, dann wird das unter**

den aktuellen Bedingungen nur gelingen, wenn die Kommunen wieder für das Land die Kohlen aus dem Feuer holen. Doch die Kommunen können nicht mehr leisten.

Der Allgemeine Soziale Dienst erhielt kürzlich eine positive Bewertung bei der Prozessqualifizierung im JHA. Wir möchten betonen, wie wichtig es ist, unsere Mitarbeiter langfristig zu binden, da sie die Grundlage für qualitativ hochwertige Arbeit bilden. Zusätzlich sollten wir unsere Bemühungen verstärken, Kinder mit Behinderungen in den Fokus zu nehmen und uns für einen inklusiven Kinderschutz einzusetzen. Dies ist entscheidend für präventive Maßnahmen und steigert unsere Zielorientierung. Statistisch gesehen sind Kinder mit Behinderungen oder aus belasteten Familien häufiger Opfer von Gewalt und Vernachlässigung. Neben pädagogischen Maßnahmen spielen auch medizinische und pflegerische Versorgung eine entscheidende Rolle.

Wir haben uns gegen die Kürzung der Gelder für die Ferienfreizeiten gestellt und dies im JHA vertreten, da wir das bürgerschaftliche Engagement der Jugendlichen stärken möchten und Kindern, unabhängig vom Geldbeutel, eine Möglichkeit bieten wollen ein Ferienlager oder einer Ferienfreizeit zu erleben. Durch die Inflation sind auch die Kosten für Ferienfreizeiten gestiegen. Hier haben wir uns an die Seite der Jugendverbände gestellt. Und eigentlich hätten wir sogar einen höheren Zuschussbedarf.

Es wird viele wichtige Herausforderungen geben, deren Bewältigung in den nächsten Jahren Geld kosten werden. Dazu zählt auch die Klimaneutralität bis 2040. Deswegen müssen wir den Masterplan 100 Prozent Klimaschutz stetig weiterentwickeln und ein Klimafolgenanpassungskonzept erstellen, das einen wichtigen Beitrag zur Klimaresilienz unserer Stadt und damit auch zum Schutz unserer Bürgerinnen und Bürger vor Starkregen, Hochwasser sowie Hitze leistet. **Die SPD-Fraktion hat hierzu mit Anträgen bereits in der Vergangenheit einen wichtigen Beitrag geleistet. Sei es u.a. der ProKlima-Fonds, den Masterplan Elektromobilität, die Trinkbrunnen oder der Einsatz von recycelten Baustoffen.**

Das Thema Nachhaltigkeit wird uns auch darüber hinaus noch eindringlich beschäftigen. Wir würden uns wünschen, dass wir den gemeinsamen Antrag zur Fairen Beschaffung wieder angehen könnten. Schließlich hatten auch die Vertreter der CDU daran konstruktiv mitgearbeitet. Ich muss nur eins sagen: **Die Prämisse "Faire Beschaffung nur, wenn es nicht mehr kostet" wird nicht funktionieren. Weniger Ausbeutung, weniger Kinderarbeit und weniger Umweltzerstörung sollten uns auch mehr Geld für die Beschaffung wert sein, sonst zahlen die Menschen in den Produktionsländern die Mehrkosten mit ihrer Gesundheit.**

Lieber Andree, im letzten Jahr hatte ich in der Haushaltsrede zudem gefragt, was aus dem Antrag von CDU und FDP für einen **kommunalen Nachhaltigkeitsbericht** geworden ist. Den Antrag habt ihr **2021 gestellt**. Passiert ist seitdem nichts. Letztes Jahr sagtest du, dieser sei noch aktuell. Jetzt ist ein weiteres Jahr nichts passiert. Kann man irgendwie helfen, damit ihr euren – übrigens sehr guten Antrag – weiterverfolgt? Ihr wollt euch ja an den **Zielen der Agenda 2030 orientieren**. Dabei sollten wir aber nicht erst 2030 anfangen.

Das nächste Transformationsthema ist die Digitalisierung. **Wir brauchen eine klare digitale Beteiligungsstrategie sowie eine Smart City-Strategie**. Bei der digitalen Beteiligungsstrategie haben wir bereits Fortschritte gemacht. **Leider haben CDU, FDP und Grüne die Stelle für den Smart-City-Koordinator bereits im letzten Jahr ausgebremst**. Wenn wir bei der Digitalisierung erfolgreich sein wollen und noch sind wir das nicht, müssen wir in den Folgejahren auch darüber nachdenken, jemanden für den Bereich Smart-City für die gesamte Stadt und nicht nur für das Europa-Viertel einzustellen.

Das Thema Wohnraum bleibt in den nächsten Jahren besonders wichtig. Wir erleben nicht nur stark gestiegene Baupreise. Wir erleben auch eine deutlich verschlechterte Baufinanzierung durch höhere Zinsen. Die Nachfrage nach Häusern und Wohnungen war aus diesen Gründen in den letzten beiden Jahren in Rheine rückläufig. **Wohnnachfrage und Wohnbedarf sind aber zwei unterschiedliche Dinge. Noch immer benötigen wir dringend Wohnraum für Rheine.** Dabei werden wir immer wieder Zielkonflikte mit anderen Vorhaben erleben. Wir erleben die Diskussion auch bei dem ein oder anderen Baugebiet, das wir ausweisen. Umso wichtiger wird es sein, dass wir ressourcenschonend mit Flächen umgehen. **So viel Entsiegelung wie möglich und so wenig Versiegelung wie nötig muss grundsätzlich unsere Prämisse für die weitere Stadtentwicklung sein und bleiben.**

Neben der Frage des grundsätzlich bezahlbaren Wohnraums dürfen wir insbesondere die Menschen mit Behinderung und Teilhabebeeinträchtigung nicht vergessen. **Es braucht dabei sowohl barrierefreien und rollstuhlgerechten Wohnraum als auch ausreichend Betreuungs- und Wohnplätze, die die unterschiedlichen Bedarfe wohnortnah darstellen.** Hinzu kommt die Frage der Obdachlosigkeit. Wohnangebote für Obdachlose sind auf dem freien Markt kaum darzustellen, deswegen braucht es mehr Angebote der öffentlichen Hand sowie sozialer Träger. Insbesondere bei Frauen stellt die Obdachlosigkeit auch immer eine Gefahr dar, die über die reine Obdachlosigkeit hinaus geht. Obdachlose mit Tieren haben sogar kaum eine Chance unterzukommen. Wir begrüßen das Projekt für Wohnungsnotfälle und die konzeptionelle Neuaufstellung des Kremerhauses. Darüber hinaus bleibt die Obdachlosigkeit aber ein Thema, das uns weiter beschäftigen wird, weiter beschäftigen muss.

Wichtig ist und bleibt auch das Thema Wohnraum für Geflüchtete: **Wir unterstützen die dezentrale Unterbringung als auch die Möglichkeit, wieder eine ZUE in Rheine zu ermöglichen.** Diese hat aufgrund der Anrechnung auch eine entspannende Wirkung auf unseren Wohnungsmarkt.

Auch im Jahr 2024 und in den Folgejahren werden wir wieder sehr viele Bau- und Sanierungsmaßnahmen haben, die Schulen betreffen. Alle Maßnahmen sind notwendig, um unsere Schulen auf die Zukunft einzustellen. Wir müssen die Schulen weiter aus der „Kreidezeit“ holen und digitale Infrastruktur aufbauen. **Wir als SPD-Fraktion wollen Schulen in Rheine weiter stärken und ausbauen.** Für eine gelingende Inklusion und für das Recht auf Ganztagsbetreuung brauchen wir Räume und Personal. Auch hier braucht es mehr Unterstützung vom Land. **In der Schule muss die Mangelwirtschaft mit einer Personaloffensive beendet werdend, dazu muss das Land mehr unterstützen.**

Gerade das Thema Inklusion müssen wir auch in Kitas berücksichtigen. Die Weiterentwicklung der heilpädagogischen, additiven Kindertageseinrichtungen muss kritisch im Jugendhilfeausschuss betrachtet und weiterverfolgt werden, um die KiBlz-Einrichtungen nicht zu überfordern und die Bedarfe der Kinder mit Behinderungen aus einer engen Verzahnung des KiBlz mit dem SGB IX sicherstellen zu können und kein Kind zurückzulassen. Die Inklusionspauschale in den Schulen reicht bei weitem nicht aus, um eine volle und wirksame Teilhabe für alle Kinder mit und ohne Behinderungen sicherzustellen. Ohne die ergänzende Schulbegleitung können die Kinder nicht gemeinsam und teilhabeorientiert inklusiv beschult werden. In den Kindertageseinrichtungen und in weiteren Lebensbereichen verfolgen wir ein zweigleisiges Inklusionsverständnis: **So viel Inklusion wie möglich**, wenn dabei die Teilhabe aller Kinder ermöglicht werden und **so viele kleine, geschützte und heilpädagogische Settings, wie erforderlich, um jedes Kind mit seinen Kompetenzen, Präferenzen und Bedarfen teilhaben zu lassen und eine Entwicklung zu ermöglichen. Wir wollen Wahlmöglichkeiten bieten, damit für jedes Kind/jeden Jugendlichen der beste Entwicklungsort gefunden werden kann.**

Die Haushaltslage zwingt uns auch dazu, Entscheidung zu hinterfragen, die schon in der Vergangenheit beschlossen wurden. Sollte der Schulstandort Konradschule oder Südeschule aufgegeben werden? Kann die Overbergschule da eine gute Lösung sein? Wir wollen ergebnisoffen die Machbarkeitsstudie der Verwaltung abwarten. Es sollte aber nicht nur die Haushaltssituation darüber entscheiden, welche Entscheidung getroffen wird. **Hier muss eine genaue Abwägung in schwierigen Zeiten stattfinden. "Kurze Beine, kurze Wege" ist dabei ein grundschulpolitischer Grundsatz, der nicht einfach wegzuwischen ist.**

Sportvereine wollen wir gezielt unterstützen. Viele Vereine sind an ihre Belastungsgrenzen gelangt. **Die Modernisierung der Sportstädte müssen wir weiter fortsetzen. Wir müssen dafür sorgen, dass Sport beste Bedingungen erhält und die Vielfalt erhalten bleibt.** Aus unserer Sicht braucht es zudem eine Stärkung des Sportservice, um die notwendigen Herausforderungen im Sport aktiv zu gestalten. Dazu ist perspektivisch eine ganze Stelle notwendig. Auch die Betriebskostenzuschüsse an die Vereine, die seit 2017 nicht erhöht wurden, brauchen eine dynamische Erhöhung, die sich an der Inflation oder an einem pauschalen Wert orientiert.

Hoffnung haben wir trotz der Haushaltssituation für den Bereich Kultur. Die neue Eigenbetriebsstruktur bietet insbesondere mit der neuen Betriebsleitung viele Möglichkeiten. **Wir wollen auch politisch den Mut haben, den Weg zur Entfesselung der Kreativität in unserer Stadtkultur mitzugehen und selbst kreativ zu unterstützen.**

Wir bedanken uns für die Zusammenarbeit mit der Verwaltung und mit den anderen Fraktionen. **Den Haushalt und Gesamtstellenplan lehnen wir in diesem Jahr ab. Da wir mit Blick auf die mittelfristige Finanzplanung, offenen Auges auf eine Haushaltssicherung bzw. breite Steuererhöhung aller kommunaler Steuern zulaufen und bei Fragen wie der Erhöhung der Kita-Gebühren die falschen Prioritäten setzen.**

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit